

Die Geschichte der Zivilisation ist zugleich auch ein Spiegel menschlichen Wissensstands und der darauf basierenden Innovationen. Deren Dynamik, die mit der Industrialisierung einen massiven Schub erfahren hat, pflanzt sich in Verbindung mit dem naturwissenschaftlichen, technischen und technologischen Fortschritt immer rascher fort.

Warum diese weltumspannende Entwicklungsdynamik ihren Ausgang in Europa nahm und in der zweiten Hälfte des letzten Jahrtausends zur Vorherrschaft des Westens in der Welt führte, ist bis heute ein nicht nur akademisch höchst umstrittenes Thema.¹ Viele Kenntnisse und Fertigkeiten sind im Mittelalter aus dem arabischen Raum und aus Asien nach Europa gelangt. Eindrucksvolles Beispiel dafür sind die Wiederentdeckung des Schriftguts der Antike durch arabische Übersetzungen oder die aus Asien stammende Technologie der Wind- und Wasserräder, die im 12. Jahrhundert zu so großen Effizienzsteigerungen in der europäischen Landwirtschaft führten, dass manche Wissenschaftler den Beginn der industriellen Revolution in diese Zeit datieren. Papier wiederum, das seit dem 2. Jahrhundert in China hergestellt wurde, wurde in Europa erst im 13. Jahrhundert bekannt. Der weltweite Siegeszug für den modernen Buchdruck wurde aber erst mit der Erfindung der beweglichen Lettern durch Johannes Gensfleisch, genannt Gutenberg, um 1450 gelegt, womit eine Informations- und Bildungsrevolution ausgelöst wurde. „Die Erfindung des Erfindens“² führte in Europa zur industriellen Revolution, die auch eine Explosion des Wissens nach sich zog.

Europa ist im Hochmittelalter, vor allem aber in der Renaissance, auch zu einem bedeutenden Wissensstandort geworden, nachdem seit dem 13. Jahrhundert die Bildungsaufgabe, die bislang fast ausschließlich den Klöstern vorbehalten war, zunehmend auf die neuen Institutionen der Universitäten übertragen wurde. Um 1400 gab es in Europa bereits 56 Universitätsstandorte. Einzelne Universitäten, wie etwa die in Neapel oder in Oxford, sind zunächst auch mit dem handfesten Interesse gegründet worden, die Ausbildung von Verwaltungsbeamten für die Krone sicherzustellen.

„Wissen ist Macht“ – der englische Philosoph Francis Bacon, der diesen Ausspruch prägte, der zum geflügelten Wort wurde, propagierte im Sinne der damals einsetzenden Bewegung der Aufklärung, Wissen als Mittel, um den „Menschen in einen höheren Stand seines Daseins zu bringen“. In seinem 1620 erschienen Hauptwerk „Novum Organum“ führte er dazu aus: „Wissen und Macht des Menschen fallen zusammen, weil Unkenntnis der Ursache die Wirkung verfehlen lässt (potentia humana in idem coincidunt, quia igno-ratio causae destituit effectum).“

An diesen Slogan und an dieses Verständnis knüpfte später auch die Arbeiterbewegung an, die den allgemeinen Zugang zu Bildung als Grundelement für die persönliche Entfaltung des Einzelnen – „Wissen macht frei“ – sowie als entscheidende Voraussetzung

gen für die Erlangung der politischen Gleichberechtigung und zur Verbesserung des sozialen Status einforderten.

Das Recht auf Bildung und Ausbildung ist heute ebenso wie das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben und die Freiheit von Wissenschaft und Bildung im Katalog der Menschenrechte verankert. Damit ist aber auch die Verpflichtung des Einzelnen verbunden, sich Bildung anzueignen und dem Prinzip des lebenslangen Lernens verpflichtet zu sein.

Mit dem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einsetzenden Übergang von der Industrie- in die Wissensgesellschaft wurde Bildung und Ausbildung zu einem besonderen „Rohstoff“. Dieser wird durch die Zunahme des Wissens, das sich um 1800 alle hundert Jahre und inzwischen mit abnehmender Tendenz alle vier Jahre, im EDV-Bereich sogar nur alle eineinhalb Jahre weltweit verdoppelt, immer bedeutungsvoller. Daher wird die Wertigkeit eines Wirtschaftsstandorts und seines Potentials für die Zukunft im europäischen und globalen Wettbewerb auch vermehrt am Bildungs- und Ausbildungsstatus der Bevölkerung sowie der Innovationskraft und der Innovationsdynamik einer Volkswirtschaft bemessen.

Viele Probleme der Menschheit, die Prognosen zufolge von derzeit 6,9 Milliarden bis 2050 auf mehr als neun Milliarden Menschen anwachsen wird, sind mit einem hohen Problemlösungsdruck verbunden. Wie groß der Handlungsbedarf ist, verdeutlichen die Berechnungen des Footprint-Konzepts, ein Art Buchhaltungssystem für unsere natürlichen Ressourcen. Demnach wären, würde die gesamte Menschheit den amerikanischen bzw. europäischen Lebensstandard übernehmen, fünf bzw. drei Planeten wie die Erde notwendig.

Viele der immer dringlicher werdenden Probleme werden sich nur durch einen sparsameren Umgang mit den natürlichen Ressourcen, aber auch verbesserten bzw. neuen und ökologisch verträglichen Technologien lösen lassen. Hier liegt auch ein großes Zukunftspotential für die Wirtschaft. Österreichs Wirtschaft, die auf dem Sektor Umwelttechnologien und vor allem bei kommunalen Ver- und Entsorgungstechnologien über eine international anerkannte Expertise verfügt, steht hier ein großer Wachstumsmarkt offen, den es vermehrt zu nutzen gilt. Auch die sich vor allem in der westlichen Welt abzeichnende Überalterung der Gesellschaft macht neue gesellschaftspolitische Lösungsformen, aber auch neue technologische Hilfestellungen zur Bewältigung des Alltags dringend erforderlich.

Bildung wird immer mehr zum Schlüssel für ein sinnerfülltes Leben, den beruflichen Erfolg des Einzelnen und in der Folge für eine prosperierende Gesellschaft. Das österreichische Bildungssystem aber kommt dieser Aufgabenstellung nicht annähernd mehr nach. Vielmehr werden wir mit einem Scherbenhaufen an Bildungsarmut konfrontiert, wofür die nach unten verlaufende Kurve der Ergebnisse der PISA-Tests und die zunehmenden Klagen aus der Wirtschaft, dass angehende Lehrlinge nicht mehr die einfachsten Rechenaufgaben lösen können, stehen. Selbst Universitäten erachten es inzwischen als notwendig, für Studienanfänger in bestimmten Fächern Kurse zur Erreichung des Maturaniveaus anzubieten.

Obwohl Österreich unter den 34 OECD-Staaten über eines der teuersten Bildungssysteme verfügt, zählen dessen Ergebnisse zu den ineffizientesten. Diese Entwicklung ist

auch Ergebnis der in unserem Land vorherrschenden Politik der Verhinderung und Blockaden, als deren Ergebnis wir auch bei zahlreichen anderen Rankings seit rund fünfzehn Jahren einen schleichenden Niedergang und einen immer größeren Abstand zu der Gruppe der Besten, in deren Liga wir lange mithalten konnten, beobachten müssen.

„Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, will, dass sie nicht bleibt“, hat Erich Fried einmal gemeint. Wenn Österreich nicht weiter verlieren und seinen Wohlstand und seine Wohlfahrt auch in Zukunft beibehalten will, dann darf die überfällige Reform des Bildungswesens und damit des gesamten Bildungsbogens vom Kindergarten über die Vor- und Volksschule, die höheren Schulen, die Lehrlingsausbildung bis hin zu den Universitäten, der optimalen Orientierung für Bildung und Beruf, aber auch den Einrichtungen der Erwachsenenbildung nicht mehr länger auf die lange Bank geschoben werden. Dies auch vor dem Hintergrund, dass für die Umsetzung der Reformen mit einem Zeithorizont von zehn bis fünfzehn Jahren gerechnet werden muss, wie das Beispiel Finnland zeigt. Parallel dazu muss lebenslanges Lernen zur Selbstverständlichkeit werden. Die Mittel für die Reformen können zum einen durch mehr Effizienz unseres Bildungssystems, das wie schon angeführt zu den teuersten der Welt zählt, bzw. durch Gegenfinanzierungen infolge der vom Rechnungshof aufgelisteten Einsparungsmöglichkeiten im öffentlichen Bereich wie durch Eindämmung der Frühpensionierungen – alleine die Kosten der sogenannten „Hakler-Regelung“ belaufen sich inzwischen auf 1,6 Milliarden Euro jährlich (!) – aufgestellt werden. Österreich muss bedarfsgerecht in Bildung, Forschung, Wissenschaft investieren und ein günstiges Innovationsklima schaffen, weil der Abstand zu den führenden Ländern ansonsten uneinholbar wird. Daher darf mit der Modernisierung unseres Bildungssystems nicht länger zugewartet, sondern muss endlich gehandelt werden.

Wissen ist ein Gut, das nicht vererbt, sondern von jedem Einzelnen selbst erworben werden muss. Dies setzt auch Anstrengung, Leistungswillen und Leistungsbereitschaft voraus. Aber auch die Vermittlung zur Freude am Lernen und dem Erwerb von Wissen durch das Elternhaus und entsprechend geschulte und für ihre Aufgaben bestens vorbereitete Pädagoginnen und Pädagogen, die die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen lieben, aber auch den damit verbundenen Herausforderungen gewachsen sind.

Es ist die Aufgabe der Gesellschaft, die Talente ihrer Kinder bestmöglich zu fördern und dabei auch den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, wie durch ein flächendeckendes Anbot von Ganztagschulen, für die auch eine entsprechende Infrastruktur für die Schüler- und die Lehrerschaft bereit gestellt werden muss. Neben einem breiten Ganztagschulanbot ist auch ein intelligentes leistungsdifferenziertes System einer gemeinsamen Schule zumindest bis zum Ende der Schulpflicht zu forcieren, da ein solches, wie internationale Studien zeigen, kindgerechter ist und der sozialen Benachteiligung entgegen wirkt. Wichtig ist, dass jedes Kind ein Optimum an Bildung erhält, wozu auch als ganz wichtige Komponente kulturelle Bildung zu zählen ist. International gibt es auch Konsens darüber, dass die Schule künftig Lernen anders organisieren

muss als bisher. „Lernen heißt künftig, Wissensinstrumente nutzen zu lernen, sich zu Recht zu finden in Bibliotheken, digitalen Informationswelten und Netzwerken. Der Lernende wird zum selbstverantwortlichen Akteur des eigenen Lernens, die LehrerInnen werden zu LernbegleiterInnen und Coaches, die zeigen, wie Wissen nicht nur erlangt, sondern organisiert und verwaltet werden kann.“³

Schule darf nicht als eine Art Trainingslager für die Millionenshow missverstanden werden. Die Schule hat die Aufgabe, vernetztes Denken statt lexikalische Wissensvermittlung zu fördern und die jungen Menschen für einen selbstbestimmten Lebensweg tauglich zu machen, wozu auch die Förderung von sozialer Intelligenz und gesellschaftlichem Commitment zählt, was früher mit dem Begriff „Herzensbildung“ ausgedrückt wurde.

Über die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen vor allem auch im Bildungssystem besteht in Österreich breiter Konsens. Dies haben die Vorbereitungen zum überparteilichen „Volksbegehren Bildungsinitiative“ als offene Plattform für die Mitwirkung aller am Bildungssektor interessierten Personen und Institutionen deutlich gezeigt.

Diese basisdemokratische Initiative versteht sich auch als Signal einer Gegenbewegung zum derzeit öffentlich vorherrschenden Erscheinungsbild einer Apathie-Bürgerschaft. Diese meist nur vordergründige Stimmung kann sich, wie auch die jüngere Geschichte zeigt, rasch in Wut wandeln.

Wer die Bildungsressourcen und die Talente junger Menschen als kostbarste Rohstoffe eines Landes nicht zu hegen versteht, handelt verantwortungslos, gefährdet den erreichten Wohlstand und verbaut die Zukunft des Landes und seiner Menschen. Daher brauchen wir eine politische Kultur des Mutbürgertums, das auch im Hinblick auf Generationengerechtigkeit zukunftsweisende Reformen unseres Landes einfordert. Das Bildungsvolksbegehren ist daher auch Ausdruck einer Zivilgesellschaft.

Wissenswertes zum Bildungsvolksbegehren

Bis einschließlich 1. Juli 2011 werden Unterstützungserklärungen für dessen Einleitung gesammelt. Diese liegen bei den Gemeindeämtern bzw. den magistratischen Bezirksämtern auf. Alle österreichischen StaatsbürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und in der Wählerevidenz als wahlberechtigt eingetragen sind, können unterschreiben. Wichtig: Jede Unterstützungserklärung zählt bereits zum Gesamtergebnis des Bildungsvolksbegehrens. Weitere Infos: www.vbbi.at, Hotline: 0800 204 400.

1 S. dazu u.a. Ian Morris: Wer regiert die Welt? Warum Zivilisationen herrschen oder beherrscht werden. Campus, Frankfurt 2011.

2 David Landes: Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind. Siedler, München 1999.

3 Heidi Schrodt: Was muss sich an unseren Schulen ändern? Schule heute und morgen. In: Phönix, Nr. 4/März 2011.